



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

04/2016 – 18.03.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages zu Ende gegangen, die insbesondere im Zeichen der Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen gestanden hat.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zum ebenso in dieser Woche veröffentlichten Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Ein bitterer Sonntag



(© CDU / Tobias Koch)

Die drei Landtagswahlen am vergangenen Sonntag haben für die etablierten Parteien fast überall herbe Verluste gebracht. Wir freuen uns, dass die CDU mit Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt weiterhin den Ministerpräsidenten stellen kann. Aber ganz ohne Frage hat das Flüchtlingsthema den Wahlausgang deutlich beeinflusst.

Der Protest, der sich aus Angst und Sorgen der Bürger speist, hat zum Erstarken einer Partei beigetragen, die das Gegenteil unserer Überzeugungen vertritt. Die Antwort darauf muss lauten, die Flüchtlingsproblematik konsequent und vor allen Dingen dauerhaft zu lösen. Der beste und einzig nachhaltige Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist eine europäische Lösung. Hierfür ist die Grundlage in den vergangenen Monaten gelegt worden.

Wir sind nun noch deutlicher gefragt, dass wir uns jetzt auf unsere Stärken besinnen. Die Menschen in Deutschland wollen keinen Streit in der Unionsfamilie, sondern sie erwarten zurecht ein entschlossenes und einiges Vorgehen.

Unsere Kernkompetenzen sind gefragt - wir müssen und können beweisen, dass wir kompromisslos für die innere Sicherheit und für eine realistische Integration auf Zeit stehen, bis der Flüchtlingsgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen um den Wert der Religionsfreiheit, wir lehnen aber Parallelgesellschaften, die im Schatten falscher Toleranz entstehen, ab. Wir stehen für finanzpolitische Vernunft und die "Schwarze Null". Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen, um Deutschland als Innovationsmaschine zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Während die Landesverbände nun bei der Bildung von neuen Landesregierungen mitwirken, ist es an uns in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unsere Verantwortung für die gesamte Union ernst zu nehmen.

Entwurf des neuen BVWP mit vielen hessischen Projekten

Im Verlauf der Woche wurde in Berlin der **Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) veröffentlicht**, in dem auch viele hessische Aus- und Neubauprojekte berücksichtigt wurden. So sind in der Kategorie des "vordringlichen Bedarfs" die Ausbauten des Bad Homburger Kreuzes, des Nordwestkreuz Frankfurt, des Darmstädter



(© BMVI)

Kreuzes sowie des Offenbacher Kreuzes gelistet. Zudem wird die Erweiterung der Autobahn A3 von sechs auf acht Spuren zwischen dem Offenbacher Kreuz und Hanau in der Kategorie des "weiteren Bedarfes mit Planungsrecht" geführt. Selbiges gilt für die Erweiterung der A5 auf acht Spuren zwischen Friedberg und dem Nordwestkreuz Frankfurt.

Auch die Autobahn A661 wird mit einer Fahrbahnerweiterung auf sechs Spuren zwischen dem Bad Homburger Kreuz und der Anschlussstelle Offenbach-Kaiserlei ebenso wie die Ortsumgehung Langen im Verlauf der B486 in der Kategorie des vordringlichen Bedarfs gelistet.

Im Hinblick auf die Schienenprojekte profitieren Hessen und das Rhein-Main-Gebiet ebenso vom BVWP-Entwurf. So sind der geplante Aus- und Neubau der Streckenabschnitte Hanau-Würzburg/Fulda-Erfurt, die Neubaustrecke Frankfurt-Darmstadt-Mannheim sowie der "Knoten Frankfurt" im vordringlichen Bedarf aufgeführt.

Hessen und das Rhein-Main-Gebiet sind mit stark befahrenen Autobahnen, dem Frankfurter Hauptbahnhof und dem Frankfurter Flughafen einer der zentralen Verkehrsknotenpunkte in Deutschland. Es ist daher konsequent und richtig, dass der Bund den Erhalt und auch den Ausbau der Infrastruktur auch in den kommenden Jahren bis 2030 angemessen fördern wird.

Unabhängig davon gilt aber zu betonen, dass der Entwurf des BVWP noch kein Finanzierungsplan ist und auch keinen Gesetzescharakter hat. Das weitere Verfahren sieht nun eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu den gelisteten Projekten vor, anschließend wird der dann überarbeitete Entwurf vom Bundeskabinett und dem Bundestag verabschiedet. Erst danach werden die sogenannten Ausbaugesetze mit den entsprechenden Bedarfsplänen beschlossen, die letztendlich darüber entscheiden, welche Verkehrsprojekte mit welcher Dringlichkeit geplant und finanziert werden.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Tim Reckmann / pixelio.de)

Im Verlauf der Woche haben wir in zweiter und dritter Lesung das **Gesetz zu dem Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit** beschlossen. Mit der Zustimmung stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien im Polizei- und Zollbereich vor allem in grenznahen Gebieten. Der neue Vertrag

gestattet es Polizeibeamten bei gemeinsamen Einsätzen, Hoheitsrechte beiderseits der Grenze auszuüben. Dies verbessert die Kriminalitätsbekämpfung und erhöht die Sicherheit der Bevölkerung, etwa bei gemeinsamen Streifen oder polizeilichen Maßnahmen in grenzüberschreitenden Zügen. Wenn sich Kriminelle nicht an nationale Grenzen halten, müssen unsere Behörden sich ebenfalls grenzüberschreitend organisieren. So erreichen wir mehr Sicherheit für unsere Bürger - auf beiden Seiten der Grenze.

Zudem haben wir in erster Lesung mit dem **Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes** die Neueinteilung der Bundestags-Wahlkreise diskutiert. Weicht die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise um mehr als 25 Prozent ab, ist eine Neubegrenzung vorzunehmen. Wir haben uns dabei mit den anderen Fraktionen des Bundestages darauf geeinigt, nur die rechtlich unabweisbar notwendigen Änderungen vorzunehmen, um die gewachsenen Strukturen und Zusammenhänge vor Ort so weit wie möglich zu berücksichtigen. Das führt dazu, dass es zu zwei Änderungen kommen wird - Bayern erhält einen zusätzlichen Wahlkreis, während Thüringen einen Wahlkreis verliert.



(© Thomas Siepmann / pixelio.de)

Daten und Fakten

Lohnungleichheit steigt seit 2010 nicht mehr. Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Prof. Dr. Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Der Trendbruch erfolgte also nicht erst mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im letzten Jahr, sondern bereits ein halbes Jahrzehnt zuvor. Erhalten Spitzenverdiener zu Beginn der 90er Jahre etwa doppelt so viel wie Personen mit niedrigem Einkommen, stieg der Unterschied ab 1995, also acht Jahre vor den Hartz-Reformen, bis 2010 etwa auf das Zweieinhalb- bis Dreifache an. Dies betraf Frauen und Männer in Ost und West gleichermaßen. Vor allem Hochqualifizierte mit Berufserfahrung wurden begünstigt, während die Geringqualifizierten auf der Verliererseite standen. Seit 2010 stagnieren die Werte der Lohnungleichheit bei westdeutschen Männern, bei Frauen und ostdeutschen Männern sind sie sogar leicht rückläufig. Insbesondere die Entlohnungsunterschiede zwischen Firmen nehmen seither nicht mehr zu. Die Forschungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass dies auf die Einführung der branchenspezifischen Mindestlöhne zurückgeführt werden kann. Das geänderte Arbeitnehmer-Entsendegesetz trat 2009 in Kraft.

(Quelle: IAB Discussion-Paper 9/2016)

Passagierzahl auf Rekordhoch. Im Jahr 2015 flogen insgesamt 85,1 Millionen Personen von deutschen Flughäfen in das Ausland – eine Steigerung von +3,5 Millionen Fluggästen im Vergleich zum Jahr 2014. Damit setzt sich der seit dem Jahr 2010 zu beobachtende Wachstumstrend fort: 2015 lag die Zuwachsrate bei Flugreisen in das Ausland bei 4,3 Prozent. In den Vorjahren lag diese bei 3,4 Prozent und 2,0 Prozent. Etwa 75 Prozent der Auslandsflugreisen hatten im Jahr 2015 europäische Flughäfen zum Ziel (63,4 Millionen Passagiere). Auch Amerika ist mit 9 Millionen Fluggästen eines der beliebtesten Reiseziele (+2,3 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014). Ein signifikant hoher Anstieg der Fluggastzahlen lässt sich bei Flügen nach Asien konstatieren: Mit einem Zuwachs von +8,1 Prozent flogen 2015 erstmals mehr Personen nach Asien als nach Amerika. Der internationale Terrorismus lässt dabei auch die Tourismusbranche nicht kalt: Einen besonders starken Rückgang der Fluggastzahlen verzeichnet dabei Tunesien (-35,6 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – CDU / Tobias Koch
Seite 3 – BMVI
Seite 4 – Tim Reckmann / pixelio.de (oben)
Thomas Siepmann / pixelio.de (unten)